

Gedanken einer Naga-Feministin

Naga-Tradition und Geschlechtergerechtigkeit als Gegenpole

Dolly Kikon

Was bedeutet Geschlecht? Und was bedeutet Gerechtigkeit? Was hat in der Gesellschaft der Nagas den höheren Stellenwert, und wie ist das zu verstehen? Wie in vielen nationalistisch geprägten Gesellschaften waren Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit auch bei den Nagas lange Zeit Randthemen. Uns wurde gesagt, diese Themen könnten warten bis unser Volk die Freiheit erlangt hätte, für die es kämpft. Welche Bedeutung hätte es gehabt, unter diesen Umständen den Frauen der Nagas irgendeine Art von Rechten zuzugestehen? Solange Begriffe wie Frauenrechte und Gleichberechtigung der Geschlechter für einflussreiche, traditionelle Organisationen der Nagas negativ besetzt sind, bleiben sie bedeutungslos. Ob das so bestehen bleibt, dieser Frage geht der Text mit Hintergrundinformationen nach.

Ich stelle diese Fragen vor dem Hintergrund der gewaltsamen Proteste gegen eine Frauenquote von 33 Prozent, die kürzlich den gesamten Bundesstaat Nagaland lahmlegten.¹ Wenn die Grundlage für eine gerechte Gesellschaft sich auf das Gewohnheitsrecht der Nagas stützt, bliebe der Ausschluss von Frauen aus einflussreichen Entscheidungsinstanzen zementiert. Der indische Staat und die männlichen Entscheidungsträger der Nagas sind gleichermaßen dafür verantwortlich, dass die Frauen der Nagas bis heute aus allen Ebenen repräsentativer politischer Prozesse ausgeschlossen sind. In Artikel 371 (A) der indischen Verfassung kommt die patriarchale Struktur besonders gut zum Ausdruck. Die indische Verfassung verleiht den männerdominierten Entscheidungsgremien der Nagas die volle Autorität und Macht, traditionelle soziale, religiöse und strafrechtliche Angelegenheiten eigenständig auszulegen und zu behandeln.

Patriarchales Gewohnheitsrecht

Aber was regelt der Verfassungsartikel 371 (A)? In Satz 1 ist kurz und knapp festgeschrieben, dass die tra-

ditionellen Gewohnheiten und die Landrechte der Nagas geschützt werden sollen. Im weiteren Wortlaut legt der Artikel die Macht und Funktionen des Gouverneurs fest und definiert im Detail, wie die regionalen Regierungspräsidien aufgebaut sein sollen. Dies reicht bis zur Festlegung der Qualifikationen und Gehälter der Mitarbeiter/-innen. Unter der Annahme, dass dieser Artikel auf immer die Rechte der Nagas festgelegt hat, ist die Hoffnung auf eine soziale und politische Transformation der Naga-Gesellschaft im Grunde genommen vergeblich. Was mit „Gewohnheitsrecht und landesüblichen Verfahren“ oder „sozialer und religiöser Praxis“ genau gemeint ist, definiert der Artikel nicht. Ursprünglich als Instrument zur Befähigung des Naga-Volkes vorgesehen, sich zu Staatsbürger(inne)n Indiens zu erheben, geriet diese Bestimmung zur Ursache gewaltsamer Auseinandersetzungen und Debatten.

Die Frauenquote von 33 Prozent in Naga-Institutionen ist nicht die einzige Frage, die der Artikel 371 (A) der indischen Verfassung aufgeworfen hat. Beispielsweise basieren der Kohleabbau und die Verhandlungen zur Erdölförderung in Nagaland auf un-

terschiedlichen Interpretationen der verfassungsmäßigen Bestimmung. So interpretieren Politiker, Landbesitzer, Dorfräte und Unternehmerfamilien aus dem Kreis der Nagas die Bestimmungen jeweils zu ihrem eigenen Vorteil. Sie fördern die Minerale und scheren sich nicht um die Umweltzerstörung, die sie verursachen. Heute sind die Flüsse, Reisfelder und Wälder, die im Kohlegürtel von Nagaland liegen, verschmutzt. In den Gewässern ist kein Leben mehr möglich, und die meisten Pflanzen sind ausgestorben. Viele von denen, die die Frauenquote ablehnen, gehören männerdominierten Gemeinderäten, bewaffneten Gruppen, Kultureinrichtungen, politischen Parteien oder Familien reicher Landbesitzer an. Die konstitutionellen Bestimmungen legen sie zu ihrem eigenen Vorteil aus.

Dass sie die 33-Prozent-Frauenquote nicht anerkennen, unterstreicht, dass sie die Rechte der Naga-Frauen generell nicht akzeptieren wollen. Das ist nicht neu. Artikel 371 (A) lässt eine sehr männliche Interpretation zu, die das Patriarchat der Nagas bestärkt und den Ausschluss von Frauen aus gesellschaftlich relevanten Positionen von Anfang an betreibt. Mit Bewahrung

von Gewohnheitsrechten und Kultur der Nagas hat das nichts zu tun. Die männliche Vorherrschaft und Autorität in der Naga-Gesellschaft wurde gesichert und erweitert. Männerdominierte Institutionen haben in der Naga-Gesellschaft die Sprache der Gerechtigkeit an sich gerissen und erhalten so die Ordnung des Patrimoniums aufrecht.

Patriarchale Geschichte

Dieses Verständnis von Gerechtigkeit schlägt sich auch in der Geschichte der Nagas nieder. Nur Männer wurden zu Märtyrern stilisiert, Frauen hingegen zu Opfern. Wie können wir Gleichberechtigung einen Grundpfeiler nennen, wenn Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit in der Naga-Gesellschaft das Vorrecht einiger weniger geblieben ist? Kann man von einer demokratischen Gesellschaft sprechen, wenn eine Minderheit diese heldenhafte, maskulin militarisierte Vergangenheit zur vorherrschenden Perspektive hat werden lassen? Der arme Bevölkerungsanteil der Nagas – Waisenkinder, Witwen, arbeitslose Jugendliche, alte und entrechtete Menschen – kann sich in diesen Diskurs nicht einbringen. Das ist, gemessen am Gerechtigkeitspostulat, ein Widerspruch in sich. Das ist ein Makel, der nicht dadurch, dass die ausgeschlossenen Frauen in die Gesellschaft mechanisch integriert werden, automatisch in die Vision einer gerechten Naga-Gesellschaft mündet. Wir müssen uns bewusst machen, dass unser System mit Mängeln behaftet ist.

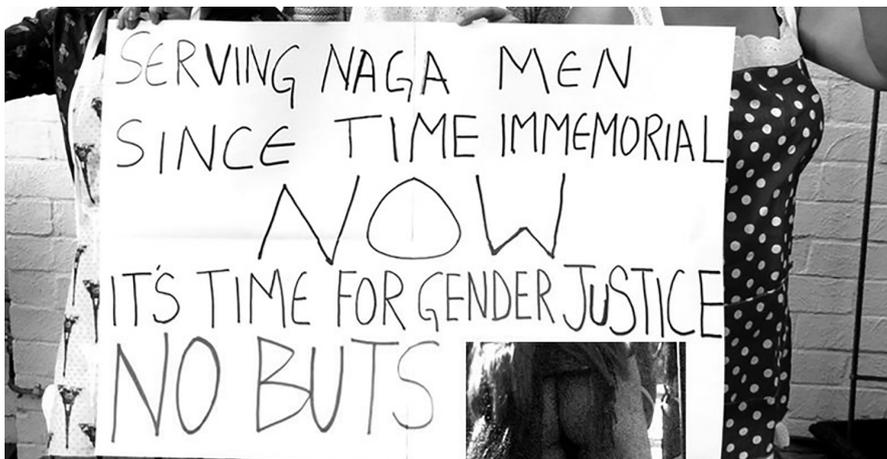
Welches Naga-System können wir annehmen, das anerkennt, dass wir noch nicht in der Lage waren, uns Gleichheit und Gerechtigkeit zu vergegenwärtigen? Wichtig wäre hier, eine feministische Sicht anzunehmen, die uns lehrt, was Geschlechtergerechtigkeit und Gleichberechtigung wirklich bedeuten. Die feministische Philosophin Angela Davis beschreibt, dass es unmöglich ist, Frauen in eine frauenfeindliche Gesellschaft zu integrieren und dabei anzunehmen, dies führe zur Gleichberechtigung. Ebenso wenig reicht es aus, einen schwarzen Präsidenten (im Kontext USA) oder eine Präsidentin zu wählen und davon auszugehen, dass Rassismus oder die Vorherrschaft des Mannes von alleine verschwinden. Bei den Nagas, wie in vielen Gesellschaften, ist eine grundlegende Transformation der Gesellschaft in vielerlei Hinsicht notwendig: im Hinblick auf das Patriarchat, die ökonomische Ungerechtigkeit, Rassismus, Homophobie und Gewalt gegen Frauen.

Frauen in der Naga-Gesellschaft

Was heißt es, eine Naga-Frau zu sein? Wenn die Forderungen der Naga-Bewegung nach ihrem Recht auf Selbstbestimmung, vollen Bürgerrechten und Solidarität mehr als nur Rhetorik bedeuten, dann sollte doch Gerechtigkeit eingefordert werden. Für mich ist Gerechtigkeit kein Ziel, das allein durch eine schlichte Frauenquote erreicht werden kann.

Gerechtigkeit ist nichts, was von Einzelnen begehrt oder besessen werden kann – egal ob Naga-Mann oder Naga-Frau. Die Vision von Gerechtigkeit, von der die Naga-Feministinnen träumen, basiert auf einem kollektiven Bewusstsein einer Welt, in der Männer, Frauen und Angehörige sexueller und geschlechtlicher Minderheiten (*Queer*) gemeinsam eine gerechte Gesellschaft aufbauen. Mit dieser Sehnsucht identifiziert sich jede Naga-Frau, die einmal erniedrigt, beschämt und unterdrückt wurde. Ihr Schrei und Sehnen wurde sichtbar mit der 33 Prozentquote. Doch anstatt zu verstehen, wo diese Stimmen herkamen, dass sie ihren Ursprung in einer Geschichte der Gewalttätigkeit und Ungerechtigkeit hatten, gab es anhaltende Bemühungen, sie in Verruf zu bringen. Ihnen wurde vorgeworfen, dass sie die Naga-Gesellschaft und die Naga-Männer beschämen wollten. Wie kann der Schrei nach Gerechtigkeit und Freiheit von den Lippen einer Naga-Frau derart schändlich verstanden werden? Sind nicht diese Momente des Kampfes Teil des Prozesses, der die Unterjochung der Geschlechter zurückdrängt? Diese Momente erinnern uns an die Umstände, die Naga-Frauen in jedem Teil der Stammesgesellschaft vermeintlich dazu verpflichteten, einzig und allein der Familie zu dienen und dabei sprachlos zu bleiben.

Welche Art der Freiheit und Gerechtigkeit wählen wir heute am Scheideweg der Naga-Gesellschaft? Eine, die die armen Bevölkerungsschichten ausschließt und die Sprache der exklusiven, ökonomischen Profite für Einzelne spricht? Eine, die nur die Reichen einbezieht und deren Netzwerk aus Familien und Freunden?



Frauen protestieren in der Hauptstadt Kohima (Nagaland) für die 33 Prozent-Quote

Bild: © Dolly Kikon

Naga-Männer in traditioneller Festkleidung warten auf ihren Einsatz zu einem Tanz im Rahmen des jährlichen *Hornbill*-Festivals.

Bild: © PA Images



Eine, die die Menschen nur durch das Raster von Klassen, Ethnien und Rechtsansprüchen sieht? Um was sollen wir in diesem Moment kämpfen? Eins vorneweg: Wenn die Naga-Frauen mit der 33 Prozentquote zu politischer Teilhabe befähigt werden sollen, muss das Gewohnheitsrecht der Nagas, das als „demokratisch“ und „egalitär“ gilt, geändert werden. Welche Art von Wandel wollen wir einfordern? Wir können ein demokratisches System einfordern, das Militarisierung und Gewalt ablehnt und den *Armed Forces Special Powers Act* (AFSPA) von 1958 widerruft. Die gegenwärtige, gewalttätige Naga-Gesellschaft, die wir als Normalität akzeptiert haben, ist ausnehmend hemmend für jegliche kreative Fortentwicklung. Sowohl die Männer als auch die Frauen wurden über Generationen dazu gezwungen, sie zu erdulden. Die Herrschaftsformen des AFSPA und der Militarisierung wurden während der jüngsten Krise um die zukünftige Verfasstheit des Naga-Staates sichtbar. Das Maß an Angst und digitaler Zensur,² die Apathie der staatlichen Autoritäten und die gewalttätig aufgeladene Atmosphäre im gesamten Bundesstaat stärken die Grundfeste militärischen Denkens der Nagas.

Unbequeme Einsichten

In die Kritik geriet auch die Medienberichterstattung über die gewalttätigen Proteste rund um die 33 Prozentquote. Doch bei allem, was man an der Berichterstattung in den nationalen und internationalen Medien kritisieren kann: Sie hat dazu geführt, dass Geschlechtergerechtigkeit auf die Tagesordnung kam. Wo immer nötig, müssen die Nagas mit der nationalen und internationalen Gemeinschaft als Gesprächspartner und Verbündete zusammenarbeiten. Wir

können es uns nicht leisten, die unbequemen Wahrheiten zu ignorieren, über die die Journalist(inn)en berichteten. Ich behaupte, dass die Gegner der 33 Prozentquote und der Zenit des gewaltsamen Protestes in Nagaland dazu geführt haben, dass wir die Bedeutung des Feminismus als Denkmuster erkannt haben. Diejenigen Männer und Frauen, die an den Debatten zur Geschlechtergerechtigkeit beteiligt waren, spürten die Notwendigkeit, die Diskussion aus dem faktischen Gegensatzpaar Gender und Gerechtigkeit herauszuführen. Eine Diskussionsführung, die uns lange vorgegeben war. Wir müssen die Gunst der Stunde ergreifen und die Bedeutung von Feminismus und Gerechtigkeit in den Stammesvölkern ebenso wie die Notwendigkeit anerkennen, diese Begriffe und Prozesse zu einem Konzept zu schmieden. Die Debatten, die durch die 33 Prozentquote aufgekommen sind, müssen eine neue politische Kultur hervorbringen. Die Debatten müssen an den Grundfesten der Ungleichheit und Ungerechtigkeit rütteln, die unter dem Deckmantel der „Naga-Kultur“ bislang praktiziert worden sind. Jetzt ist die Zeit, um eine unter Nagas genuine Geschlechtergerechtigkeit zu etablieren. Daraus sollten dann weitere Diskussionen über politische Missstände wie Rassismus, Diskriminierung und die Rechte migrierter Stammesvölker im heutigen Indien hervor gehen.

Wir Nagas müssen uns für die Infragestellung hergebrachter Perspektiven nicht genieren. Wir müssen das Momentum nutzen, um nachzudenken und uns zusammenschließen. Wir müssen unsere politische Basis analysieren, Bündnisse schaffen und das Thema Gerechtigkeit in allen Feldern der Politik thematisieren. Wir können aufgrund unserer Geschichte nicht erwarten, dass ein radikaler Wandel der Gesellschaft von der gewählten Politik ausgeht. Selbst wenn die 33 Prozentquote umgesetzt würde, bliebe ohne sonstige Änderung das Leben der Nagas von den reichen und mächtigen Eliten bestimmt. Solange lokale und regionale Ratsversammlungen die Prinzipien der Geschlechtergerechtigkeit nicht anerkennen, so lange bleiben auch andere außen vor: arme Bevölkerungsteile wie alleinerziehende Mütter, Witwen, arbeitslose Jugendliche, die Bedürfnisse der Alten und Marginalisierten gleich welcher Herkunft, oder die Migrant(inn)en und Händler/-innen, die nicht den Nagas angehören.

Die Gelegenheit beim Schopf packen

Wir befinden uns in einem ungewöhnlichen Moment für die Naga-Gesellschaft. Viele Bewohner/-innen in Nagaland haben inzwischen das Gesetz zur Konstituierung lokaler Gemeinderäte (*Nagaland*

Municipal Act) und die Verfassung Indiens kennengelernt oder gar gelesen, dort insbesondere Artikel 371 (A). Ist es verwegen zu hoffen, dass die Bewohner/-innen an die Tür der Anwaltskammer von Nagaland klopfen, um über die rechtlichen Folgen des Gesetzes zu diskutieren? Dass allerorten kleine Gruppen von Männern und Frauen beieinander sitzen, um ein neues Vertrauen aufzubauen und ihre Unterstützung für die Geschlechtergerechtigkeit zu beteuern? Wie großartig wäre es, wenn hunderte dieser kleinen Gruppen zusammenkämen und eine gemeinsame Vision für eine gerechte Naga-Gesellschaft entwickeln würden. Allerdings müssen wir dabei die Militarisierung und Gewaltbereitschaft unserer Gesellschaft mitdenken, denn sonst wird sie unsere Vision von einer gerechten Zukunft blockieren. Wir können unter den Bedingungen von AFSPA, stagnierenden Friedensgesprächen und brüchigen Waffenstillständen nicht so tun, als könnten wir dessen unbeschadet unsere Gesellschaft friedlich und gerecht gestalten. Solange unsere Forderung nach einer Lösung des politischen Indo-Naga-Konfliktes und einer Demilitarisierung der Naga-Gesellschaft gültig bleibt, solange können wir die Naga-Gesellschaft nicht wirklich wiederaufbauen.

Die Argumentation, die Naga-Frauen vor den Gefahren der Politik und der öffentlichen Teilhabe schützen zu müssen und sie deshalb in ihre vier Wände einzusperren, folgt der Strategie des indischen Staates. Ich möchte dessen Logik in Erinnerung rufen: Über eine lange Zeit diffamierte der indische Staat die Nagas als emotional, kindisch, barbarisch und wild. Nur die Gewehre und Kugeln des indischen Staates würden sie zähmen können. Wenn nun diese Logik von den Machthabern der Nagas in gleicher Weise auf Frauen, Arme und Marginalisierte angewandt wird, ist das Gesamtkonzept der Inder aufgegangen. Wir hätten unsere Vision einer gerechten Zukunft durch einen

kaputten, gewalttätigen Mechanismus ersetzt. Noch werden die Indo-Naga-Friedensgespräche nicht von Frauen geführt, die Naga-Hohos³ nicht von einer Frau beraten. Eine Scheidung nach Gewohnheitsrecht wird noch immer nicht von einer Richterin entschieden, ein Grundstücksstreit zwischen zwei Brüdern nicht von einer Frau geschlichtet. Das höchste Organ der Streitschlichtung unter Nagas bekleidet keine Frau, die wichtigen und repräsentativen Posten in den verschiedenen christlichen Kirchen werden nicht an Frauen vergeben.

Ausblick

Die Nagas – Männer und Frauen, Gelehrte, Aktivist(inn)en, Berufstätige (in Kirchen, Bildungseinrichtungen, Behörden, Kultureinrichtungen, Frauengremien, Jugendclubs) – müssen erkennen, dass ein feministischer Denkansatz für Stammesgesellschaften einen wichtigen Rahmen für Geschlechtergerechtigkeit und Frieden schafft. Feministinnen und Frauenbewegungen überall in der Region haben mit ihrem Mut und ihrer Weisheit politische Bündnisse geschlossen, die Voreingenommenheit und Stereotype über Klassen, Ethnien, Rassen, Kasten, Generationen, Geschlechter sowie nationale oder territoriale Grenzen überwinden konnten. Sie versinnbildlichen den Traum von einer neuen, gerechten Welt, in der Gleichberechtigung zu mehr Lebensqualität führt. Als Naga-Feministin bin ich immer noch hoffnungsvoll, dass wir es in diesen Zeiten schaffen, dem Geld, der Macht und den Autoritäten im Gewand der Tradition zu trotzen. Ohne Zweifel konnten sie viele Naga-Stammesräte, Politiker, Anführer, Gemeindeaktivisten und kirchliche Würdenträger für sich vereinnahmen. Gleichwohl halte ich es mit den Worten von Albert Camus: „Ich liebe mein Land, aber ich liebe auch meine Gerechtigkeit.“ Für den Naga-Kontext möchte ich sagen: „So sehr ich meine Naga-Gemeinde

liebe, so sehr liebe ich auch die Gerechtigkeit.“ Ich werde dem Kampf für Geschlechtergerechtigkeit weiter zur Hand gehen.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Ines C. Schäfer*

Zur Autorin



Dolly Kikon promovierte im Fach Anthropologie an der Stanford-Universität und lehrt an der *School of Social and Political Sciences* in Melbourne. Sie

forscht zur politischen Ökonomie extraktiver Ressourcen, Fragen der Entwicklung, Gender-Beziehungen, Gewohnheitsrecht und Menschenrechte im Nordosten Indiens.

Endnoten

¹ Anfang Februar 2017 sollten Wahlen für lokale städtische Gremien unter der Maßgabe stattfinden, dass eine Frauenquote von 33 Prozent eingehalten würde. Es kam zu gewalttätigen Protesten mit Toten und Verletzten, da traditionelle Gremien der Nagas die Quote als Angriff auf ihre Selbstverwaltung wahrnahmen, aufgebürdet vom sowieso verhassten indischen Zentralstaat. Dabei beruhte diese Vorgabe auf einem Erfolg der Naga-Mütter-Assoziation, die mit ihrer 2012 eingereichten Klage für eine Frauenquote gemäß Artikel 243 (D) der Verfassung vor dem Obersten Gerichtshof Indiens (*Supreme Court*) im Jahr 2016 Erfolg hatte. Artikel 243 (D) schreibt zwingend eine Mindestquote von 33 Prozent bei Wahlen vor. Durch den Vorbehalt in der Verfassung in Artikel 371 (A) ist es jedoch strittig, inwieweit eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes für Bundesstaaten verbindlich ist, die die dortigen Sonderrechte nachrangig behandelt; TR.

² Am 05. März 2017 verfügte der Oberste Stammesrat in Nagaland (*Central Nagaland Tribal Council*), die Äußerungen von Jugendlichen, jungen Leuten und Frauen seien einzuschränken, sollten sie sich in der Öffentlichkeit für die 33 Prozentquote aussprechen; TR.

³ Traditionelle Ratsversammlungen zur Selbstverwaltung; TR.